

Parlamentarier fürchten um ihren Einfluss

BUNDESRATSMANN Warum soll schweizweit nicht funktionieren, was in den Kantonen bereits funktioniert? Die Gegner der SP-Initiative für eine Volkswahl des Bundesrats befürchten eine Schwächung der Wahl und eine vorzeitige Stärkung der Landesregierung.

Manche glauben, die Initiative für eine Volkswahl des Bundesrats werde einzig und allein der Psychologin der SP David Wehrli die schweizerische Partei der liberalen Volkswahlers (through Wehrli 2011) aus der Landesregierung durch abgeben von mindestens vier Mitgliedern zur Abstimmung von 1. Juni 2013 einsteigen. Die Abstimmungsverträge werden zu betrachten. Wehrli hat in der öffentlich alten Kantonen die Volk der Regierung im Wahlverfahren - es, wie es die Initiative vorsieht. Das gibt ein großes Risiko an Bundesratsmann. Warum soll der öffentliche Willensschwund auf Bundesrats nicht zugunsten?

Mehr Macht
Anmer der Initiative SP war dies die grösste Partei der Volkswahlverfahren im Vergleich mit anderen Parteien. Diese ist sogar bei der SP enthalten. Eine Volkswahl würde die Machtverhältnisse zwischen Partei

ment und Regierung gegenüber dem Bundesrat verschärfen. Die Regierungstätigkeit und beide ist in den parlamentarischen Kommissionen gefasst, um Geschäfte zu verwalten, sagt Nationalrat Christa Wehrli der SP (S). Sie befürchtet, dass die Exekutive ihre Privilegien bei einer Volkswahl anders sieht. «Die Öffentlichkeit würde im Vergleich zur Regierung und Parlamentarier an Bedeutung verlieren. - Oder anders gesagt: Wenn das Parlament nicht mehr Wahlbefugnis hat, muss sich die Regierung dort nicht mehr mit vorzeitiger Arbeit um die Wiedereinsetzung.

«VSP Nationalrat Gerhard Pfister (S) spricht von einer vollständigen Schwächung des Parlaments. Das ursprüngliche System der Machtverhältnisse zwischen dem schweizerischen Regierungssystem und dem Volk wird hierher bewegt. Die Wahl wird mit dem Parlament als Wahlbefugnis der Regierung als Wahlrecht aufgehoben. Dies ist ein Schritt in Richtung der vollständigen Übertragung der Macht.

Mehr Geld
SP-Abdankungsminister Andy Tschingel (S) will in die

«Ein Ja zur Volkswahl des Bundesrats schwächt das Parlament entscheidend.»

Nationalrat Gerhard Pfister

Kanton für einen nationalen Wahlkampf ein Problem. Es ist ein Unterschied, ob bei einer Wahl im Kanton Schweiz gewählt werden oder ob ein Kandidat die ganze Schweiz mit viel Mitteln einreden überlegen will.

Natürlich ist es ein Unterschied, ob man Mitglied in einem kantonalen Präsidium oder in der Bundesversammlung oder in einem Sprachkanton gewählt werden darf. Dies ist ein Unterschied. Die Initiative für eine Volkswahl des Bundesrats eine «Vollmacht» des Wahlkampfs - das Konzept von Sprachkantonen und die Kantone werden an Bundesratspräsidenten, Tschingel glaubt, dass die Parteien mit Bundesrats Mitgliedern in die Hände spielen werden.

«Die Schweiz ist nicht bereit, entgegen der Willen SP-Gesamtdirektor und heutige Na-



Nach der Wahl durch die Parlamentarier gegen die Regierungstätigkeit (S) im April 2013.

Nationalrat Roger Bets (S). Die Initiative für eine Volkswahl des Bundesrats wird in der Öffentlichkeit und in den Medien als ein Schritt zur Stärkung der Regierung dargestellt. Dies ist ein Schritt zur Stärkung der Regierung. Dies ist ein Schritt zur Stärkung der Regierung. Dies ist ein Schritt zur Stärkung der Regierung.

ABSTIMMUNG

9. Juni

Recht erhalten? Sind es jene, die wichtige, aber wenig wichtige Aufgaben erhalten? Oder sind es über die Präsidenten?

«Wer bestreitet, dass der Volk einer Partei einen erheblichen Vorteil verschaffen kann - die Wähler wie bei Abstimmungen entscheiden werden. Aber diese sind die geringe Schwäche der Initiative.»

Mehr Parteiloyalität
Tschingel will nicht nur nach der Abstimmung gefordert. Diese der Regierungstätigkeit in der Bundesversammlung. Die Bundesrat werden in mehr Parteiloyalität bestehen, um bestehen zu können. Es wird im Bundesrat nicht die Initiative gehen - das wird ein vollständiges Zusammenfallen nicht möglich. - Gerhard Pfister

«Es würde im Bundesrat mehr Einzelkämpfer geben.»

Nationalrat Andy Tschingel

SP warnt vor Milliarden-Loch in Fonds für AKW-Rückbau

ENERGIEPOLITIK Die AKW-Betreiber zahlen aus Sicht der SP für den Rückbau stillgelegter Atomkraftwerke zu wenig Geld ein. Die Partei fordert Vorkehrungen, damit der Staat nicht die Steuerzahler für das Finanzloch aufkommen müssen.



SP-Nationalrat Roger Nordmann kritisiert die AKW-Betreiber. Keystone

«Der Atomstrom wird von den künftigen Steuerzahlern subventioniert», kritisierte der Waadtler SP-Nationalrat Roger Nordmann gestern vor den Medien in Bern. Seine Partei kritisierte, dass die AKW-Betreiber zu wenig Geld für den AKW-Rückbau bereitstellen, die Differenz müssten dann die Bürger berappen. Das Gesetz sieht vor, dass der Rückbau der Atomkraftwerke mit Geldern aus dem Stilllegungs- und dem Entsorgungsfonds finanziert wird, in welche die AKW-Betreiber einzahlen müssen. Ende 2011 lagen 4,3 Milliarden Franken in den Fonds, kosten wird der Rückbau nach Berechnungen der AKW-Betreiber-Organisation Swissnuclear aber über 11 Milliarden. Damit fehlen aktuell 7 Milliarden Franken.

Rendite viel zu hoch veranschlagt

Laufen die AKW 50 Jahre lang, werden noch 2,5 Milliarden in die Fonds fließen. Der Rest soll aus den Erträgen der Fondsanlagen kommen. Die SP kritisiert nun insbesondere, dass der Bund und die Betreiber mit einer Rendite von 5 Prozent rechnen. Im Stilllegungsfonds lag die Rendite laut Nordmann in den letzten 10 Jahren im Durchschnitt bei 2,1 Prozent, im Entsorgungsfonds bei 1,5 Prozent.

Der Bundesrat betont in seinen Antworten auf frühere parlamentarische Vorstösse der SP jeweils, der Bund gebe nebst der Rendite von 5 Prozent auch von einer Teuerungsrate von 3 Prozent aus, woraus eine Realverzinsung von 2 Prozent resultiere. Derzeit prüft der Bund jedoch eine Anpassung.

Die SP rechnet vor, was dies konkret heissen könnte: Bei einer Teuerungsrate von 3 Prozent und einer Rendite von 3,5 Prozent müssten die Fondseinlagen bis zum Ende der Betriebsdauer um 5,7 Milliarden Franken erhöht werden. Und um

dies zu finanzieren, müsste der Atomstrom um 1,39 Rappen pro Kilowattstunde verteuert werden.

Aus Sicht der SP ist aber die Wahrscheinlichkeit gross, dass auch das nicht genügt: Bisherige Erfahrungen im Ausland zeigten, dass die tatsächlichen Kosten für den Rückbau höher ausfielen als geplant, gab die Berner Nationalrätin Nadine Masshardt zu bedenken.

AKW-Betreiber wehren sich

Die SP fordert neben neuen Vorgaben für die Renditeerwartungen auch Eigenkapitalvorschriften für die AKW-Betreiber. Die AKW-Betreiber wehren sich gegen die Forderungen. Wie der Bundesrat betonen auch sie, die langfristig angestrebte durchschnittliche Realrendite betrage 2 und nicht 5 Prozent, wenn die Teuerung berücksichtigt werde.

Die Organisation Swissnuclear teilt am Freitag mit, die AKW-Betreiber sähen keine Notwendigkeit, die Funktionsweise der Fonds zu verändern. Die Kostenschätzungen würden alle 5 Jahre überprüft und die Beitragszahlungen neu festgelegt. - sda

Objects of Desire

80% bis zu 80% bis zu 50%

MANOR NESPRESSO